

Anfragebeantwortung
(lt. Satzung der ÖH)

Fraktion: Aktionsgemeinschaft (AG)

Gestellt am: auf der 1. Ordntl. BV Sitzung SoSe 2020, am 19.-21.06.2020

Gestellt an: Vorsitzteam der ÖH Bundesvertretung

Wie steht die ÖH Bundesvertretung zu dem Thema Drittmittel? Spricht sich die ÖH Bundesvertretung gegen die Drittmittelfinanzierung durch den FWF?

Die ÖH Bundesvertretung beobachtet die Entwicklungen im Bereich der Hochschulfinanzierung mit großer Sorge. Jährlich fließen enorm viele Gelder aus der Privatwirtschaft in Österreichs Hochschulen. Hier kann es immer wieder zu Interessenkonflikten kommen, da eventuell wirtschaftliche Unternehmen beispielsweise, nur gewisse Forschungsergebnisse forciert oder sogar die gesamte Ausrichtung der Forschung beeinflusst wird. Durch Finanzierung von Betreuungsstellen durch Drittmittel kann ein enormer Einfluss auf die Studierenden einhergehen. Je mehr Zeit Lehrende mit dem Anwerben von Drittmittel verbringen, umso weniger Zeit bleibt für Lehre und die Betreuung der Studierenden. Studierende können von angewandter Forschung und Lehre oftmals profitieren. Die Finanzierung durch Drittmittel darf allerdings keinen Einfluss auf den Stellenwert der Grundlagenforschung und die Qualität des Studiums haben. Die Hochschulen müssen im Interesse der Studierenden öffentliche Forschungs- und Bildungseinrichtungen bleiben. Dazu gehört eine umfassende öffentliche Finanzierung.

Es obliegt nicht im Aufgabenbereich der ÖH Bundesvertretung einen Kriterienkatalog über Drittmittel zu erstellen, hier sehen wir die Aufgabe ganz klar bei zuständigen Ministerium.

Eine über die Hochschulfinanzierung hinausgehende Förderung der Forschung aus weiteren öffentlichen Mitteln, wie dem FWF oder dem FFG, ist grundsätzlich begrüßenswert, jedoch bleiben Probleme wie ein stark erhöhter administrativer und antragsbezogener Aufwand bei Lehrenden/Forschenden bestehen, wodurch wertvolle Zeit für die Lehre und Forschung entgeht. Daher ist abschließend eine vollständige Ausfinanzierung der Lehre und der Forschung an Hochschulen durch direkte, öffentliche Finanzierung unumgänglich.